
TOP 2.11 Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, CDU und Freie Wähler zum Klimaschutz

Auszug aus dem Beschlussprotokoll zur Sitzung des Umweltausschusses vom 12.11.2019

Die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD, CDU und Freie Wähler haben einen gemeinsamen Antrag zum Klimaschutz eingereicht, der die unter den Tagesordnungspunkten 2.5.1 bis 2.5.3 (*der Tagesordnung des Umweltausschusses*) aufgeführten Einzelanträge der Fraktionen ersetzt.

Der gemeinsame Antrag setzt sich aus einem Teil I mit acht Beschlussvorschlägen, die von allen antragstellenden Fraktionen konsensual formuliert sind, und einem Teil II mit einem Beschlussvorschlag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und SPD zur Ausrufung des Klimanotstands durch den Landkreis Lörrach zusammen.

Die Vorsitzende stellt zunächst den Teil I mit acht Beschlussvorschlägen zur Abstimmung:

Aus den Beratungen heraus sprechen sich die Fraktionen für eine Ergänzung der Beschlussziffer 7 um den Satz „Bei den Vorlagen für den Kreistag wird die Verwaltung die Klimarelevanz einschätzen.“ aus.

Es ergeht nachstehender

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Der Landkreis Lörrach setzt sich zum Ziel, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 50 % zu reduzieren (Basisjahr 1990).
2. Der Landkreis Lörrach setzt sich zum Ziel, bis zum Jahr 2050 eine klimaneutrale Region zu werden.
3. Zur Verwirklichung der Ziele wird das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) vom Oktober 2018 beschleunigt umgesetzt und nachjustiert.
4. Der Landkreis setzt sich zum Ziel, im European Energy Award (EEA) die Gold-Zertifizierung zu erreichen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu Vorschläge zu unterbreiten.

5. Für die erforderlichen Einzelmaßnahmen ist ein Zeitplan zu erstellen, aus dem die Realisierung von Einzelmaßnahmen aus dem IEKK in konkreten Etappen ersichtlich wird. Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem:
- die Steigerung der Energieeffizienz der kreiseigenen Liegenschaften
 - auf eine höhere Energieeffizienz im Übrigen öffentlichen und privaten Gebäudebestand hinzuwirken
 - die Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs und die Erarbeitung eines neuen Mobilitätskonzepts
 - eine Verdichtung der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe voranzubringen
 - die Umstellung des Landkreis-Fuhrparks auf E-Mobilität bzw. alternative Antriebe
 - die Prüfung von Carsharing zur dienstlichen Mobilität
6. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Kommunen im Landkreis - unabhängig von einer Wärmeplanungspflicht - eine flächendeckende Wärmeplanung zu entwickeln und Fördermöglichkeiten als Modellregion beim Land Baden-Württemberg bzw. beim Bund wahrzunehmen.
7. Dem Kreistag ist jährlich vor den Haushaltsberatungen über die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen und die insgesamt erzielten Ergebnisse zu berichten. Bei den Vorlagen für den Kreistag wird die Verwaltung die Klimarelevanz einschätzen.
8. Die Verwaltung soll dem Kreistag für die Beratungen des Haushalts 2020 Vorschläge für die Einplanungen zusätzlicher Ressourcen (Personal- und Sachmittel) mit dem Ziel einer beschleunigten Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes von Oktober 2018 unterbreiten.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Anschließend stellt die Vorsitzende auf Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und SPD Teil II mit dem Inhalt „Der Landkreis Lörrach ruft den Klimanotstand“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung